

Edward Joseph Holland

Wirtschaftskrise bei den nordatlantischen Völkern

Die nordatlantischen Völker stehen zusammen mit der übrigen Welt im Begriff, in eine tiefe wirtschaftliche Krise zu fallen. Man braucht wohl kaum die negative Auswirkung der anhaltenden Inflation, der hohen Arbeitslosenziffern, der protektionistischen Tendenzen, der Kapitalflucht, der drohenden Verringerung der Energie und der strategischen Mittel, der steigenden Zinssätze, der wenig stabilen Wechselkurse, der neuerlichen schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter usw. näher zu belegen. Dagegen gibt es sehr wohl unterschiedliche Interpretationen dieser Wirtschaftskrise, verbunden mit verschiedenen Vorstellungen einer sozialen Strategie, ja selbst voneinander abweichenden diesen zugrun-

de liegenden Ideen über das Wesen Gottes, die Schöpfung und die menschliche Gemeinschaft.

Im Folgenden möchte ich eine Interpretation unserer gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen mit einer Skizzierung einiger Implikationen vorlegen¹. Schließlich soll dann versucht werden, meine Interpretation zwei anderen grundlegenden und widerstreitenden Interpretationen gegenüberzustellen. Diese insgesamt drei Interpretationen ließen sich charakterisieren als «radikal» (so die Perspektive dieses Beitrages), «progressiv» (oder «liberal» im amerikanischen Verständnis) und «konservativ» (oder «neokonservativ»).

Die in unserem Beitrag zugrunde gelegte radikale Perspektive muß vom historischen (oder genetischen) und strukturellen Standpunkt aus angegangen werden. Dahinter steht ein Schema von drei Etappen des industriellen Kapitalismus². Chronologisch gesehen kann man diese Etappen oder Phasen als Früh-, Mittel- und Spätkapitalismus bezeichnen. Ihrem Wesen nach kann man sie kennzeichnen als Etappe des Laissez-faire, Etappe der sozialen Wohlfahrt und Etappe der nationalen Sicherheit. (Ein schematischer Überblick ist beigefügt.)

Etappen des industriellen Kapitalismus			
	I. Laissez-faire (19. Jahrhundert)	II. Soziale Wohlfahrt (1900 – 1968)	III. Nationale Sicherheit (1968 – ?)
KAPITAL:	örtlicher Familienbetrieb	nationale Gesellschaft	übernationaler Zusammenschluß
TECHNOLOGIE:	arbeitsintensiv	Kapital – Arbeit – Ausgleich	kapitalintensiv
WIRTSCHAFT:	Ausbeutung	Prosperität	Marginalisation
POLITIK:	minimale staatliche Beteiligung	regulierender Staat	autoritärer Staat
KULTUR:	Freiheit als Ungebundenheit der Minderheit der Unternehmer	Freiheit als soziale Chance für viele	Freiheit als Sicherheit: Einander widerstreitende Definitionen

Derzeit treten wir in die dritte Etappe des Spätkapitalismus oder des industriellen Kapitalismus der nationalen Sicherheit ein. Diese Phase verkörpert die Endkrise eines Prozesses, der vor etwa zweihundert Jahren begonnen hat. Diese

Krise ihrerseits bildet den Zugang zu einer ganz und gar andersartigen Periode der menschlichen Geschichte. Welche Gestalt diese neue Periode annimmt, hängt jedoch teilweise davon ab, wie wir auf die gegenwärtige Krise reagieren³.

Um diese neue, letzte Etappe zu verstehen, müssen wir jedoch auf die strukturelle Erfahrung der beiden früheren Etappen eingehen.

Die Etappe des Laissez-faire

Der industrielle Frühkapitalismus, der im 19. Jahrhundert, speziell in dessen zweiter Hälfte, Gestalt gewann, war eine harte, rücksichtslose Periode. Soziale Kritik von links und rechts, wobei die katholische Kirche oft zur Rechten gehörte, wurde durch seine Ungerechtigkeiten mit Füßen getreten und ignoriert. Diese Ungerechtigkeiten jedoch hatten ihren Grund nicht in schlechten Führern, sondern in den fundamentalen Strukturen der sich wandelnden Gesellschaft, die nur wenige wirklich verstanden. Zwei der grundlegendsten von diesen Strukturen sind die der *Technologie* und die des *Kapitals*.

Zunächst einmal war das industrielle Kapital in dieser frühen Periode vorherrschend *lokal* placent, das heißt in *Familienbetrieben* konzentriert. Diese Firmen standen, weil sie klein und zahlreich waren, in einem hochgradigen Konkurrenzverhältnis zueinander.

Dieses Konkurrenzverhältnis der vielen kleinen Firmen wurde noch gesteigert durch den Zustand des Laissez-faire, namentlich auf den britischen Inseln und in Nordamerika. Bei diesem sozial-wirtschaftlichen Modell lehnte der Staat es ab, regulierend in die Wirtschaft einzugreifen um eines Gemeinwohles willen, aus der Annahme, ein uneingeschränkt freier Markt diene implizit eben diesem Anliegen.

Das erwähnte Konkurrenzverhältnis schuf einen üblen Stil von Management, das unter dem Zwang stand, billige Arbeitskraft zu suchen und sie auszubeuten durch lange Arbeitszeit und schlechteste Arbeitsbedingungen, oder aber angesichts der harten Konkurrenz bankrott zu machen. In diesem strukturellen Zusammenhang wurden anständige Unternehmer bestraft, während rücksichtslose belohnt wurden. Die Leiden der arbeitenden Klasse in dieser Periode sind nur zu gut belegt, obwohl man auf der anderen Seite nicht vergessen darf, wie hart einerseits das bäuerliche Leben war, welche Verlockung für die Jugend die Stadt darstellte und wie groß andererseits die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum war.

Die zweite fundamentale Struktur, nämlich die der industriellen Technologie, trug ihren Teil dazu bei, die Arbeitsbedingungen für die Indu-

striearbeiter hart zu machen. Die Technologie dieser Zeit war *arbeitsintensiv*, das heißt, daß sie im Verhältnis mehr menschliche Arbeitsleistung als Maschinenkraft verlangte. Das wiederum hing zusammen mit den begrenzten verfügbaren Energiequellen – Wasser und Kohle – und den primitiven Maschinen, bei deren Konstruktion nur nach und nach Holz durch Eisen und Stahl ersetzt wurde. Die Technologie war daher, an den heutigen Normen gemessen, unproduktiv. Mit der geringen Produktivität hing ein geringer Ausstoß an Konsumgütern und eine ebenso geringe Kaufkraft zusammen. So blieben die sozialen Verhältnisse für die Arbeiter hart.

Der Grund für den sozialen Kampf in dieser Periode war wirtschaftlicher Natur und richtete sich gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Strategie dieses Kampfes bestand darin, Massenbewegungen der Arbeiter zu schaffen, oft im Zusammenhang mit sozialistischen oder Arbeiterparteien. In den nordatlantischen Ländern indessen führte dieser Kampf nur zu Reformen des industriellen Kapitalismus. Selbst die kommunistischen Parteien des Westens kamen, ungeachtet aller Rhetorik, nie weiter als bis zu einer Reform. Diese Reform ist das Thema der zweiten Etappe.

Die Etappe des sozialen Wohlstandes

Die neue Etappe der sozialen Wohlfahrt oder der mittlere industrielle Kapitalismus erhielt seine Form in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihr politischer Ausdruck im regulierenden und sozialen Wohlfahrtsstaat variierte nach Ort und Zeit (in Deutschland beginnend mit Bismarck, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts bahnbrechende Neuerungen einführte, während die USA bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts warten mußten auf ihr «New Deal»).

Die neue Etappe wurde durch reformerische Lobbies geschaffen: durch Massenverbände, Massenparteien und religiösen Druck im Sinne von Wandlungen der herrschenden Zustände. Doch die Reformen waren für die neue Etappe nur durchführbar aufgrund tiefgreifender struktureller Wandlungen im Kapital- und Technologiebereich.

Zunächst wurde das industrielle Kapital in vollem Umfang *national*, das heißt, es tendierte zu einer Finanzierung, Produktion und Marktversorgung im nationalen Maßstab. Diese Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches der Unterneh-

men erforderte, daß sie über die einengende Form des Familienbetriebes hinaus wuchsen. Daraus entwickelten sich dann die großen nationalen *Gesellschaften*.

Interessanterweise war die nationale Gesellschaft, zumindest strukturell, für den Arbeitnehmer günstiger als der Familienbetrieb. In dem Maße, wie diese Gesellschaften Monopol- oder Oligopolgesellschaften wurden, sahen sie sich weniger von Konkurrenzunternehmen bedroht. Daher konnten sie, wengleich zögernd, manchen Forderungen der Arbeitnehmerseite nachgeben: der Forderung nach höheren Löhnen, nach Renten, nach besseren Arbeitsbedingungen, ohne auf einem freien Markt unterboten zu werden. Ferner erleichterte das Aufkommen der nationalen Gesellschaften die tatsächliche Entstehung nationaler Arbeiterorganisationen, so daß die Arbeiter nun über eine größere Macht zur Artikulierung ihrer Forderungen verfügten. Und schließlich erforderten die nationalen Gesellschaften als logische Folge einen Staat, der regulierend eingriff, die Laissez-faire-Theorie modifizierte und für einen strukturellen Ansatzpunkt zur Ausübung eines Druckes im Sinne positiver sozialer Eingriffe in den wirtschaftlichen Ablauf sorgte.

Zum zweiten entwickelte sich die industrielle Technologie in Richtung auf ein *Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit*. Daraus ergab sich eine höhere Produktivität, verbunden mit einer ständig geringer werdenden Inanspruchnahme durch die Arbeit. Das wurde speziell durch den Einsatz von Erdöl als neue Energiequelle möglich gemacht, im gleichen Maße wie die nationale Entwicklung durch wachsende Straßen- und Schienennetze für den Transport (Motorfahrzeuge) und Kommunikationssysteme (Telephon, Rundfunk) gefördert wurde. Das klare Ergebnis war die Wohlfahrts-gesellschaft der industriellen Zentren, wie wir sie noch aus der jüngsten Vergangenheit kennen.

So sahen wir, zumindest bei den nordatlantischen Nationen eine blühendere und weniger ausbeuterische Gesellschaft entstehen. Doch war man sich anfangs nur in geringem Maße der weitgehenden Ausbeutung bewußt, die sich innerhalb und außerhalb der Peripherie des Systems weiter hielt, und ebensowenig des in ihm selbst liegenden tief wurzelnden Rassismus und Sexismus.

In dieser Periode bildete der zentralistische Nationalstaat die Schlüsselstruktur, auf die jeder

Druck ausgeübt wurde, den die sich entwickelnden Massenbewegungen im Interesse sozialer Reformen für notwendig hielten. Der Staat wurde damit zum Hauptvermittler eines positiven sozialen Wandels. Selbst kommunistische Gesellschaften, die während dieser Periode als Alternative auftraten, teilten die Vorstellung von der zentralen Rolle des Nationalstaates. Doch gaben sie dieser Idee eine eindrucksvolle Ausweitung, indem sie die gesamte Wirtschaft in die Sphäre des Staates eingliederten (Verstaatlichung). Die tiefste Ursache des sozialen Kampfes in dieser Periode war daher *politischer* Natur, nämlich ein Streit um die Kontrolle und den Einflußbereich des zentralistischen Nationalstaates.

Der Kapitalismus der «nationalen Sicherheit»

Diese dritte Etappe, in die wir eben eintreten, untergräbt rasch die wohltätigen Aspekte der vorherigen Periode (zumindest für die zentralen Bereiche). Sie beschwört in den nordatlantischen Ländern eine Erneuerung des Konfliktes unter den Klassen herauf, bringt aber auch ein tieferes Verständnis für die Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Kolonialismus.

Wiederum stehen Verschiebungen in den Tiefenstrukturen von Kapital und Technologie hinter diesem Übergang zu einer neuen Etappe. Die Bezeichnung für diese neue Phase aber kommt von der neuen Form des Staates (ebenso wie dies mit der Periode des Laissez-faire und des Sozialen Wohlfahrtsstaates der Fall war). Diese neue Form des Staates organisiert sich in zunehmendem Maße um die Funktion der nationalen Sicherheit.

Der Staat der «nationalen Sicherheit» braucht keineswegs nur die offenkundig repressiven Formen zu haben, wie wir sie von den Diktaturen des Rechten Flügels in der Dritten Welt kennen. Vielmehr schließt diese neue Periode in das genannte Schema eine weiter gefaßte Tendenz ein, der folgend der zentralisierte Nationalstaat sich in aggressiver Weise anschickt, die Nation neu aufzubauen, um ihre Sicherheit in der neuen globalen wirtschaftlichen Umwelt oder dem Weltmarktssystem im höchstmöglichen Maße zu steigern.

Natürlich ist Sicherheit hier nicht nur militärisch zu verstehen, obwohl die vorherrschend wirtschaftlichen Sicherheitsprobleme in zunehmendem Maße mit Fragen der Innen- und Au-

ßenpolitik sowie mit militärischen Fragen verflochten sind. So gesehen ist der Staat der «nationalen Sicherheit» eine in den Ländern der Ersten, der Zweiten wie der Dritten Welt immer mehr um sich greifende Entwicklungstendenz. Betrachten wir aber nun einmal die neue wirtschaftliche Umwelt.

Zunächst einmal weitet sich das Kapital in einem bisher unbekanntem geographischen Maßstab und einer neuen komplexen Organisationsform aus, den sogenannten *übernationalen Gesellschaften*. Sie arbeiten in einem globalen Maßstab und schließen die horizontale und vertikale Integration vieler unterschiedlicher Industrien ein. Zum zweiten wird die Technologie in zunehmendem Maße *kapitalintensiv*, das heißt, sie verwendet mehr Maschinen und Computer, gebraucht mehr Energie und Rohstoffquellen, nimmt aber im Verhältnis dazu immer weniger Arbeitskräfte in Anspruch. Beide Wandlungstendenzen zwingen zur Schaffung einer neuen Gesellschaft – zum Besseren oder zum Schlechteren.

Eine übernationale Kapitalbildung ist möglich geworden durch die neuen technischen Kommunikations- (Satelliten) und Verkehrsnetze (Flugzeugreise), die die Organisation von Unternehmen im Weltmaßstab erleichtern⁴. Schließlich macht der Prozeß des zunehmenden Überflüssigwerdens von Facharbeitern, insofern die meisten komplizierteren technischen Produkte (z. B. elektronische Rechengeräte) heutzutage durch vielfach wiederholte Arbeitsvorgänge, ausgeführt von Kräften mit geringem Ausbildungsstand (oft junge, völlig unausgebildete Frauen der Dritten Welt) erzeugt werden, ein riesiges Reservoir an äußerst billigen Arbeitskräften verfügbar (z. B. für 1.40 US-Dollar pro Tag in Teilen der Philippinen). Außerdem aber verwandelt die immer aggressivere Kapitalisierung der Landwirtschaft («agribusiness») große Scharen von Bauern Tag für Tag in großstädtische Randseiter, die wiederum als Arbeitskraftreserven zu den niedrigsten Preisen zur Verfügung stehen.

Und das ist das Ergebnis dieser Entwicklungsvorgänge: Während Kapital und Technologie stärker denn je zentralisiert sind, entwickeln sich neue Wettbewerbsbedingungen auf allen Arbeitsmärkten der Welt. Nationen und innerhalb von Nationen einzelne Gebiete sind strukturell genötigt, mit allen andern zu konkurrieren in dem Bemühen, übernationales Kapital auf ihr Territorium zu lenken.

Um Investitionen anzuziehen, sehen sich Völker und Regionen genötigt, «attraktive Investitionsbedingungen» anzubieten, die eine stärkere Ausbeutung der Arbeiter (niedrige Produktionskosten), verringerte soziale Leistungen für die Armen und die Niedriglohngruppen («low taxes») einschließen, sowie sanften oder harten Druck auf Gewerkschaften und kritische politische Kräfte («Stabilität und Disziplin»). Diese drei Bedingungen aber bedeuten: gezieltere und härtere Formen des Klassenkampfes; Abbau des sozialen Wohlfahrtssystems und eine Erosion der Demokratie zugunsten stärker korporativer und autoritärer Regierungsformen.

International gesehen werden, während die zweipolige Stabilität von Kaltem Krieg und Entspannung einer mehr chaotischen, multipolaren Welt weicht (hervorgerufen durch Entwicklung übernationaler Kapitalbildung), Fragen der äußeren Sicherheit vorrangig. Die Nationen müssen ihre Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt und speziell ihren Zugang zu den strategisch wichtigen Rohstoffquellen verteidigen. Dieser Vorgang wiederum bringt Spannungen in die atlantische Allianz, macht die Ost-West-Beziehungen labiler und vertieft den Nord-Süd-Konflikt. Infolgedessen geht eine Kürzung der Sozialausgaben Hand in Hand mit steigenden Rüstungsausgaben, die ihrerseits die Inflation anheizen und die Mittel für die Befriedigung der Bedürfnisse der Armen der Welt rauben.

Zugleich wird die Situation erschwert durch Wandlungen auf dem Gebiet der zweiten grundlegenden Struktur: dem Gebiet der Technologie, wo die Entwicklung derzeit in einer kapitalintensiven Richtung verläuft. Da die Produktivität nach dem Maßstab der Kapitalproduktivität der Arbeit gemessen wird (und nicht nach dem der sozialen Produktivität des Kapitals), drängt die Wettbewerbslage zu einem immer rascheren Ersetzen der Arbeitskraft durch Technologie. Wir befinden uns derzeit erst auf der Schwelle zu einem ganz neuen Zeitalter industrieller Roboter und mit moderner Kybernetik gesteuerter Produktion. Demnach kann man sagen, daß in dieser Periode das Kapital aufhört, Arbeitskraft zu beanspruchen, sondern sie statt dessen verdrängt. Damit aber ergibt sich neben einer tiefer greifenden Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer das viel ernstere Problem der *Marginalisierung* der nicht eingesetzten oder nicht hinreichend eingesetzten Arbeitskraft. Die nordatlantischen Nationen oder zumindest manche

von ihnen sind derzeit dabei, ihre einheimischen Minoritäten zu marginalisieren, indem sie sie aus dem Arbeitsprozeß entlassen oder sie in Gettos verweisen, wo sie zu einer permanenten Unterklasse werden. Diese Tendenz erfährt einen gewissen Ausgleich durch das negative Bevölkerungswachstum. Dann aber wird die Bevölkerung auf die Technologie zugeschnitten und nicht umgekehrt. Das Problem der Marginalisierung ist besonders akut für die Jungen und die Alten. Und es bekommt natürlich kritische Proportionen in der Dritten Welt. Das schnellere Einschwenken auf Technologie bedeutet gleichzeitig eine schnellere Erschöpfung der natürlichen Hilfsmittel und in vielen Fällen eine erhöhte Umweltverschmutzung. Dadurch ist die soziale Krise mit einer ökologischen Krise verknüpft.

Diese neuen strukturellen Änderungen führen somit die nordatlantischen Nationen in schwere Probleme, die qualitativ, wenn nicht auch quantitativ, denen gleichen, denen sich bisher die Dritte Welt gegenüber sah. Die Annehmlichkeiten der Periode der sozialen Wohlfahrt schwinden, während die negative Seite der Laissez-faire-Periode wieder auftaucht, jedoch unter anderen Bedingungen und ohne den Ausblick auf eine völlige Reform, wie er in der früheren Periode möglich war. Schließlich aber wird die globale soziale Krise immer homogener – qualitativ, wenn nicht auch quantitativ.

Drei strategische Reaktionen

Im Grunde gibt es drei Linien strategischer Reaktion auf die Krise – die progressive (oder «liberale» in den USA), die konservative und die radikale.

Die *progressive* Strategie besteht einfach in einer Projektion der zugrunde liegenden Annahmen der Etappen der sozialen Wohlfahrt unter neuen Bedingungen. Diese progressive Reaktion kann dabei sowohl reformkapitalistisch (Nordamerika), sozialdemokratisch (Europa) oder sogar militant kommunistisch sein. Im Prinzip richtet sie ihren Blick nach wie vor auf den zentralistischen Nationalstaat als den Schlüssel unter den Werkzeugen der Vermittlung. Dabei wirkt er entweder maßvoll durch Regulierung des Marktes mit Hilfe von Reformen im Sinne sozialer Wohlfahrt, oder militant durch Nationalisierung und zieht Teile oder die Gesamtheit der Wirtschaft in die staatliche Machtsphäre hin-

ein. Diese Strategie erweist sich recht schnell als naiv, da in dieser neuen Periode übernationale – nicht nationale – Kräfte die hauptsächlichsten Gestalter des nationalen Schicksals sind. Außerdem untergräbt der gesamte moderne Prozeß sowohl im Bereich liberaler wie kommunistischer Ideologien ständig im Bereich liberaler wie kommunistischer Ideologien ständig die Gesellschaft in dem Maße, in dem Kapital und Technologie immer stärker zentralisiert werden in massiven bürokratischen Apparaten – seien sie öffentlicher (Staat) oder privater Natur (übernationale Gesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechtes). Die progressive Strategie verfehlt daher, indem sie weiter ihren Blick auf den Nationalstaat richtet, die viel grundlegenden Probleme in ihrer übernationalen wie lokalen gesellschaftlichen Seite. Aus diesen Gründen gerät diese Strategie selbst in den heutigen westlichen Ländern in die Krise. Sie blickt in die Zukunft, begreift aber nicht, daß die Zukunft mehr ist als eine Projektion des zentralistischen, nationalen sozialen Wohlfahrtsstaates.

Die *konservative* (oder in unserer Diskussion besser: neokonservative) Strategie schaut statt dessen in die Vergangenheit. Sie betrachtet den sozialen Wohlfahrtsstaat als überlastet und sucht ihn zu beschränken. Sie tut dies, indem sie einen Angriff auf die Bürokratie, die Reformer und auf die «neue Klasse» reitet. Berechtigtermaßen schaut sie zurück auf die örtliche Gemeinschaft und auf Mittelinstitutionen als Gegenmittel gegen den zentralistischen Nationalstaat. Diese Sicht gleicht jedoch einem Nebelvorhang, der vor die eigentlichen Kräfte gelegt wird, die tagtäglich die Gesellschaft untergraben und repressive Kräfte in einem autoritären oder körperchaftlich verfaßten Staat massieren. Sie tut dies einfach dadurch, daß sie sich nicht den Grundstrukturen zuwendet, die an der Wurzel der Krise liegen, nämlich dem übernationalen Kapital und der kapitalintensiven Technologie, die beide nur privaten oder staatlichen Zentralen verantwortlich sind. Diese überläßt sie dem «Freien Markt» im Kontext eines Laissez-faire, das es nicht mehr gibt. Als Kritik an der Naivität der Progressiven von seiten der örtlichen Gemeinschaft aus hat die neo-konservative Position einige Lehren zu geben. Doch als Kritik, die fähig ist, eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft zu schaffen, ist der Neokonservatismus ein Fehlschlag. Er verstärkt die allergefährlichsten Kräfte des rechten Flügels, die aus der Krise

aufsteigen, gerade indem er sich mit den in Konzernen organisierten Mächten verbindet.

Die *radikale* Strategie erwächst aus der sozialistischen Tradition, stellt aber auch für manche Elemente dieser Tradition eine Herausforderung dar. Sie macht sich Erkenntnisse aus dem konservativen Erbe zunutze, wie etwa die Neigung zur Gemeinschaft und Tradition, verbindet sie jedoch mit einer Kritik der Grundstrukturen von Kapital und Technologie. Ihr Grundprinzip ist, daß *Kapital und Technologie vielen Ebenen der menschlichen Gemeinschaft verantwortlich gemacht werden müssen, von der lokalen bis zur globalen, und zwar durch einen klaren Mechanismus einer Beteiligung an der Planung.* Dieses Prinzip unterscheidet sich von einem konservativen, indem es sich über ein Heimweh nach der Gemeinschaft hinausbewegt zu den Grundstrukturen, die diese Gemeinschaft derzeit untergraben. Es unterscheidet sich von dem progressiven durch Kritik an der Schlüsselidee, der zentralistische Nationalstaat sei die einzige Mittelinstanz für die Kontrolle von Kapital und Technologie, und die Betonung des Grundsatzes, daß es eine Vielzahl von Ebenen der Gemeinschaft gibt, die diese Kontrolle auszuüben berufen sind, von der lokalen bis zur globalen. Es unterscheidet sich also auch vom klassischen Kommunismus und seinem Prinzip durch die Feststellung, daß die weitgespannten Interessen der Gemeinschaft endgültig unterdrückt werden durch eine Einparteien-Regierung, die den zentralistischen Nationalstaat kontrolliert. Schließlich unterscheidet sich dieses Prinzip von allen progressistischen

Weisheiten durch die nachdrückliche Behauptung, daß die Kontrolle über Technologie nicht einfach eine Frage der politischen Kontrolle ist, sondern auch der kulturellen Werte, die auf einem gegebenen technologischen Weg liegen.

Alles in allem nämlich ist der Grund für den sozialen Kampf in dieser neuen Periode speziell *kultureller* Natur. Kulturell in einem zweifachen Sinn: 1. Die grundlegende Aufgabe besteht heute darin, eine Vielfalt von Ebenen menschlicher Gemeinschaft aufzubauen oder wieder aufzubauen. Und das ist mehr als eine politische oder ökonomische Aufgabe. 2. Der Kampf um den Aufbau von Gemeinschaft ist zugleich ein Kampf um Symbole und Werte. In der Zukunft wird daher eine kreative politische Organisations- und eine kreative ökonomische Restrukturierungsarbeit einer kreativen kulturellen Idee folgen und nicht vorausgehen.

Natürlich hat gerade auch die religiöse Gemeinschaft in diesem kulturellen Kampf eine maßgebliche Rolle zu spielen. Die Verknüpfung von Kapital und Technologie mit Gemeinschaft und Wertvorstellungen bringt die Religion an den Kern der Frage und führt uns über die aus der Aufklärung stammende Annahme hinaus, Religion spiele nur eine marginale oder reaktionäre Rolle. Eine schöpferisch bewältigte Zukunft ergibt sich, wie ich vermute, aus einer neuen Synthese religiösen und sozialistischen Geistes. Umgekehrt wird die Frage nach der Trennungslinie, die innerhalb der Religion zwischen Radikalen und Konservativen verläuft, ein Problem utopischer Vorstellungskraft sein.

¹ Dieser Beitrag faßt das erste Kapitel einer demnächst erscheinenden Untersuchung zusammen, in der der Verfasser sich mit den Änderungen der sozialen Strategie der katholischen Kirche im Zusammenhang mit dem industriellen Kapitalismus auseinandersetzt, sowie mit der Bedeutung dieser Änderungen für die Theologie.

² Während hier die Aufmerksamkeit sich auf den industriellen Kapitalismus (das Modell des Westens) konzentriert, könnte man ebensogut die tiefgreifende Krise im Bereich der kommunistischen Erfahrung darstellen. Ja, man könnte sogar von gewissen negativen Konvergenzen zwischen industriellem Kapitalismus und Gesellschaften eines industriellen Kommunismus innerhalb eines sich entwickelnden Weltmarktsystems sprechen.

³ Ich betrachte die Wirtschaftskrise als auslösend, nicht jedoch als entscheidendes Element. Es gibt im Gegenteil mehrere alternative strategische Wege, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben.

⁴ Es gibt sowohl private als öffentliche Formen übernationalen Unternehmertums. So sind kapitalistische wie kommunistische Industrieländer an diesem Modell beteiligt, obwohl die private Form (multinationale Gesellschaften) derzeit überwiegt.

Aus dem Englischen übersetzt von Karlhermann Bergner

JOE HOLLAND

(voller Name: Edward Joseph Holland) gehört seit 1973 dem Center of Concern an. Seine ersten verantwortlichen Aufgaben betrafen die Verbindung zwischen Religion und Arbeit und die weltweite Begegnung zwischen Christen und Sozialisten. Seit 1979 war er außerdem National Coordinator of the National Conference on Religion and Labor. Er ist geboren in New York City am 18. März 1940, verheiratet und hat zwei Kinder. Vor seiner Arbeit am Center of Concern

studierte er an einer Graduate School und verbrachte fünf Jahre bei einer Gemeinschaftsarbeit mit der puertoricani-schen Gemeinschaft im Nordosten der USA und in Puerto Rico. Joe Holland ist Ph. D., Candidate der University of Chicago für das Fach Sozialethik (Dissertation: «Catholic Social Strategy and the Stages of Industrial Capitalism»), sowie M. A. in Sozialethik an derselben Universität und M. A. in Religious Studies der Niagara University. 1968–1970 studierte er als Graduiertes Sozialpsychologie an der New School for Social Research in New York City und war von 1972–73 Fulbright Scholar in Chile. Er ist Autor von

The American Journey (IDOC/NA: 1976), einem kritischen Überblick über die amerikanische Geschichte, den er anläßlich der Konferenz «Theology in the Americas» (1975) erarbeitete. Er veröffentlichte Beiträge in vielen religiösen und weltlichen Periodica und hält Vorträge überall in den Vereinigten Staaten, ist Mitglied verschiedener Berufsverbände, einschließlich der American Society of Christian Ethics, The Catholic Theological Society of America, The American Academy of Religion und der Society for Scientific Study of Religion. Anschrift: Center of Concern, 3700 13th Street, N.E., Washington, D.C. 20017, USA.

Christopher Lasch

Der konservative «Rückschlag» und der kulturelle Bürgerkrieg

Die Ereignisse der sechziger und siebziger Jahre haben in der amerikanischen Gesellschaft eine Kluft aufgerissen zwischen den «Meinungsbildnern» und dem «Durchschnittsamerikaner», zwischen Kultur und Bildung der akademischen und der Managerelite und der Kultur und Bildung der Massen. Anfangs der sechziger Jahre machte sich die «Neue Linke» daran, die Kräfte der Wandlung um ein Programm der sogenannten «partizipatorischen Demokratie» herum zusammenzubringen. Dabei brach sie mit den Dogmen der alten Linken und wählte für ihre politische Aktion mehr die populistische als die proletarische Strategie. Anstatt sich ausschließlich an die Arbeiter zu wenden, suchte sie eine breite Koalition von Gruppen zu bilden, die durch das Anwachsen anonymer bürokratischer Organisationen, wie der Aktiengesellschaften, der «multiversity» und des Pentagons, tatsächlich dazu bereit waren. Sie betonte, daß Farbige in den Südstaaten, Studenten und Hausfrauen des Mittelstandes und andere in ihren bürgerlichen Rechten beeinträchtigte Gruppen ein gemeinsames Anliegen hätten im Widerstand gegen Krieg,

Rassismus und bürokratische Bevormundung. Obwohl die Neue Linke manche Züge des modernen Kapitalismus verurteilte, bezeichnete sie ihn keineswegs als einzige oder auch nur hauptsächlichliche Quelle der Unterdrückung. Ja, sie verurteilte den sowjetischen «Sozialismus» mit gleichem Nachdruck. So war die Neue Linke nicht so sehr antikapitalistisch wie antibürokratisch. Sie betrachtete die umfassende Organisation großen Maßstabs als das alles bestimmende Phänomen des modernen Lebens und das Prinzip der Partizipation als die zentrale politische Frage.

Dabei waren die Ideen aus der Frühzeit der Neuen Linken noch unausgegoren und nicht selten oberflächlich, ja naiv. Nichtsdestoweniger enthielten sie eine Fülle politischer Verheißung. Mit dem Vorteil dessen, der die Dinge rückblickend überschaut, erkennen wir, daß die Neue Linke in ihrem Trend intuitiv mehr zu einer Weberschen als zu einer streng auf Marx fußenden Analyse der modernen Gesellschaft neigte. In mancher Hinsicht aber vollzog Mitte der sechziger Jahre die neue Linke eine Reihe falscher Wendungen, die sie von ihrem potentiellen Sympathisantenkreis isolierten und die statt eine breite Bewegung für einen sozialen Wandel auszulösen, einen «kulturellen Bürgerkrieg» entfesselten. Anstelle einer Koalition der in der Ausübung ihrer Rechte Beeinträchtigten gegen die Organisation brachte es die Neue Linke zu ärgerlichen Zusammenstößen zwischen revolutionären Studenten und der Polizei, die sich zu einem großen Teil aus der weißen Arbeiterklasse rekrutiert. Bis 1972 halfen die «Bullen», daß Nixon zum Präsidenten gewählt wurde, und 1972 stimmten sie in ihrer überwiegenden Mehrheit